

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post monatlich 8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk. einschl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Ausland, Zeitungsergebnis unter Zusatz-Zustellung eintragen. Für unversandt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Halle-Zeitung' gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Zeigungs-Abt. Nr. 1133.

# Halle-Zeitung

Sechshundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Die 2. Spalte 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restanzeigen die 2. Spalte 34 mm breite Mittelzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen an. Familienanzeigen 2 mal. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftszeiten und Sonntags-Verkaufsstellen: Halle, neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 32 und Markt 24, Postfach-Ramo Leipzig Nr. 4009.

Nr. 220.

Halle, Freitag, den 13. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die neue Reichsregierung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Reichsregierung mit dem Reichskanzler Brüning mußte unter dem äußersten Druck der auswärtigen Lage Hals über Kopf gebildet werden. Die Parteien, die den Sturz herbeiführen konnten, tragen in erster Linie die Verantwortung für die Unvollkommenheit des neuen Kabinetts. Es ist ja schon äußerlich unvollkommen, weil wichtige Ministerposten nicht schnell und rechtzeitig genug besetzt werden konnten. Aber es ist auch innerlich noch kein in sich geschlossenes fertiges Kabinetts. Es fehlt die Zusammenfassung aller Kräfte, die erlich bereit und stark genug sind, die ungeliebten Aufgaben zu erfüllen, welche durch die Annahme des Ultimatums dem deutschen Volke auferlegt sind. Das Kabinettsmitglied ist in der Eile noch kein parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengestellt worden. Namentlich muß man den sachlichen Erwägungen für die weitere Ausgestaltung der Reichsregierung Rechnung tragen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat bekanntlich nach langem Sträuben unter dem Druck der Stunde zwei Minister für das Kabinettsmitglied gestellt. Sie hat aber von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dieses Unnahmetabell in uralein Provisorium anseht, und daß die Ergänzung und Erweiterung desselben als bald vorgenommen werden müßte. Sie ging dabei von der Voraussetzung aus, daß auch in der Deutschen Volkspartei bereitwilligste Männer in genügender Zahl vorhanden sein müßten, die sich zur Durchführung der nächsten Zukunftsaufgaben zur Verfügung stellen würden. Insbesondere nahm sie an, daß die Ja-Sager in der Deutschen Volkspartei sich der neuen Reichsregierung nicht verweigern dürften. Nach den Stimmungen und privaten Mitteilungen des entscheidungsreifen Dienstagabends waren diese Erwartungen der demokratischen Reichstagsfraktion wohl voll berechtigt. Aber inzwischen scheint bei den führenden Männern der Deutschen Volkspartei abernals ein Stimmungswechsel eingetreten zu sein. Schon die von Stresemann abgegebene Erklärung, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei das Ultimatum ablehne und die Verschleppung der Entscheidung, daß einige der einflussreichsten Führer und die beiden vorkapitalistischen Minister Feine und v. Kaunert für Annahme stimmten, mußte fähig machen. Inzwischen ist, wie man hört, die Reorganisation radikaler Vorkapitalistenpolitik in der vorkapitalistischen Fraktion noch gewachsen, so daß für die nächsten Tage ein Eintritt in vorkapitalistischer Parlamentarier als Reichsminister in das Kabinettsmitglied nicht zu erwarten ist. Die Demokraten suchen diese Stimmung schon zu neuen Annäherungsversuchen auszunutzen und sehen einer Verschleppung der Rechtsparlamentarier hoffnungsfreudig entgegen. Das kann indessen die Demokraten nicht irren machen in ihrer grundsätzlichen Beurteilung des neuen Ministeriums und in der Auffassung, daß alle Kräfte auch des Bürgerturns zur Mitverantwortung herangezogen werden müssen, die guten Willens sind, die Zwangsbedingungen der Feinde zu erfüllen. Die Stellung zum Ultimatum darf dabei kein Hindernis sein. Diese Entscheidung ist, das wird ohne weiteres vorausgesetzt, von jedem Abgeordneten nach gewissenhafter Prüfung allein aus vaterländischen Rücksichten getroffen. Ja-Sager und Nein-Sager haben nach gefällter Entscheidung jetzt die unbedingte Pflicht, alle Kräfte zu sammeln, um die nächsten Tage den neuen Kabinettsmitgliedern zu denjenigen zu bewegen. In der demokratischen Reichstagsfraktion ist diese selbstverständliche Pflicht von beiden Richtungen anerkannt und nachdrücklich betont worden. Es darf erwartet werden, daß sich auf die Dauer auch die Deutsche Volkspartei dieser Erkenntnis nicht verschließen wird. Im Kabinettsmitglied sind noch Stellen für Mitarbeiter offen. Sie werden nicht von heute auf morgen besetzt werden, so sehr die Bezeichnung eines Außenministers von internationaler Geltung und eines Finanzministers von weitem Blick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch erwünscht sein mag. Außer den Demokraten hat das Zentrum von jeher mit Entschiedenheit den Wunsch vertreten, die Koalition zu erweitern und die Deutsche Volkspartei an der Regierung zu beteiligen.

Auch die Sozialdemokratie hält nicht schroff an ihrem früheren Standpunkt fest, daß sie mit vorkapitalistischen Ministern nicht in einem Kabinettsmitglied zusammenfassen wolle. Es muß immer wieder darauf hervorgehoben werden und darf nicht in Vergessenheit geraten, daß allein in der Deutschen Volkspartei liegt, wenn sie jetzt der verantwortlichen Mitarbeiter aus dem Wege geht, um leichter parteipolitische Geschäfte treiben zu können. Die demokratische Reichstagsfraktion hat in Würdigung aller dieser Gesichtspunkte deshalb vor ihrem Auseinandergehen in die Pfingstferien denn auch eine Erklärung veröffentlicht, worin sie einmütig zum Ausdruck bringt, daß es unumgänglich geboten sei, zur Durchführung der jetzt zu lösenden Aufgaben die zur Mitwirkung erlich bereit und fähigen Kräfte ohne Rücksicht auf ihre bisherige Stellungnahme zur Frage des Ultimatums selbst, und unter besonderer Beteiligung der Kreise des Wirtschaftslebens heranzuziehen und nach diesen Gesichtspunkten die Ergänzung und Ausgestaltung des Reichsministeriums vorzunehmen. Wenn der jetzige Niederzustand, wie zu hoffen ist, während der Pfingstpause sich legt, wird sich bald setzen müssen, ob die berechtigten Erwartungen aller wahrhaft vaterländisch gesinnten Kreise in Erfüllung gehen und eine feste tragfähige Regierung zustande gebracht werden kann, die die Bedingungen der neuen Lage zu erfüllen vermag, das wird gegen den Willen der ja-Sager und den Bedenken der Nein-Sager nicht zu entscheiden sein.

## Aufgaben des Bürgerturns.

Der Präsident des Reichsbürgerturns, der Zentralstelle der deutschen Bürgerturns, hat am 11. Mai an die Reichsregierung folgende Rundgebung gerichtet: „Die Vertretung des deutschen Volkes hat mit Weisheit das Ultimatum der Entente angenommen. Jetzt gilt es, bei der Verwirklichung des staatspolitischen und wirtschaftlichen Lebens mit nüchternem Blick zu erkennen, welche Wege noch offen stehen, um das Deutsche Reich vor dem Untergang und das deutsche Volk vor der völligen Verflawung zu bewahren.“

Der Reichsbürgerturn fordert zum Ersten, daß die neue Reichsregierung mit allen Mitteln auf Innehaltung der im Ultimatum der Entente enthaltenen Zugabe der Nichtanwendung von Sanktionen besteht, daß sie weiterhin unser Recht auf Erhaltung des ungeteilten Oberhoheitsrechts bei Deutschland mit aller Kraft wahr. Sollte die Entente jetzt den von der französischen Presse schon angekündigten Versuch einer Durchführung der Sanktionen unter Berufung auf irgendwelche Schingründe machen, so muß die Reichsregierung die Zugabe zur Erfüllung der Forderungen des Ultimatums zurücknehmen.

Zum Zweiten steht der Reichsbürgerturn den letzten Weg zur Rettung nur in dem mit vollem Ernst betriebenen Versuch zur Erfüllung der einmal eingegangenen Verpflichtungen. Gemäß diesem Programm glaubt er, daß Konflikte mit der Entente wegen der Durchführung der Forderungen in den nächsten Monaten nur dann zu vermeiden sind, und daß eine Grundlage zur Verständigung mit der Entente nur dann zu finden ist, wenn das deutsche Volk unter Überwindung aller parteipolitischen Gegenstände in gemeinsamer Arbeit trotz allem den Aufbau der Wirtschaft versucht. Voraussetzung dafür ist, daß einmal die Führer des deutschen Wirtschaftslbens sich der heute ins Unermessliche gemachten Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen nicht entziehen, und daß andererseits nicht wieder versucht wird, die auf Grund unserer wirtschaftlichen Bindung an die Entente notwendige Reorganisation des wirtschaftlichen Lebens nach marxistischen Gesichtspunkten durchzuführen.

Zum Dritten steht der Reichsbürgerturn die größte Gefahr der nächsten Monate und Jahre darin, daß gerade diejenigen, die die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatums auf sich genommen haben, am wenigsten in der Lage sind, die daraus erwachsende soziale Belastung zu tragen. Es muß daraus eine Katastrophe entstehen, die nicht nur durch den finanziellen und wirtschaftlichen Druck bestimmt wird, sondern auch durch die Unmöglichkeit der Lösung von Seiten derjenigen, die bisher die Verkünder des sozialen Fortschritts zu sein glaubten.

Der Reichsbürgerturn hält es daher für seine Pflicht gerade in dieser Stunde das ganze Volk zur Erhaltung des in Deutschland erreichten sozialen Fortschritts und zum Aufbau einer von sozialistischen Theorien freien Sozialpolitik aufzurufen. Es sieht die einzige Möglichkeit zur Wiederverwendung des deutschen Kraftbewußtseins in einem bis zur äußersten Grenze getragenen Widerstand gegen den sozialen Rückschritt, der durch das Ultimatum der Entente dem deutschen Volke zugemutet wird.

Wenn wir, von solcher Gesinnung befehle, an fernem Ufern das Leuchtturm der nationalen Gedanken wieder anzünden, dann schaffen wir ein Ziel, eine Hoffnung und eine Aufgabe, an deren Erfüllung mitzuwirken, die Besten sich bereifinden würden.“

Das Präsidium des Reichsbürgerturns  
gez. v. Loebell.

Der Halle'sche Bürgerturn, der leider aus politischer Kurzsichtigkeit amgetiffen von der Rechtspreffe immer wieder zu unredt angegriffen wird, schließt sich diesem Appell des Reichsbürgerturns voll und ganz an. Vor allem möchte er den Rufus unterstützen, daß eine Grundlage zu einer Verständigung mit der Entente nur dann zu erreichen ist, wenn das deutsche Volk unter Überwindung aller parteipolitischen Gegenstände in gemeinsamer Arbeit trotz allem den Aufbau der Wirtschaft versucht. Der Wille zu solcher Überwindung ist bei dem Vorkand des hiesigen Bürgerturns, der sich aus Angehörigen aller bürgerlichen Parteien zusammenschließt, vorhanden. Leider aber nicht bei denen, die ihn angreifen. Soffen wir, daß die Not der Zeit auch hier heilsam wirkt.

## Stresemann und das Ultimatum.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Dr. Stresemann, erklärt in der „Tägl. Rundschau“, daß die Ablehnung des Ultimatums eigentlich nur politischen Sinn gehabt hätte, wenn man mit Sicherheit darauf rechnen konnte, daß die große Mehrheit der Parteien und des deutschen Volkes hinter dem „Nein“ stehen und ihm in jedem

und unbeirrbarem passivem Widerstand Geltung verschaffen würde. Es habe sich jedoch alsbald herausgestellt, daß diese Voraussetzung nicht gegeben sei. Zentrum und Sozialdemokraten seien für eine Politik der Ablehnung und des passiven Widerstandes nicht zu haben gewesen. Unter diesen Umständen hätten sich auch führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei entschlossen, dem Ultimatum zuzustimmen, falls mit dieser Zustimmung wirtschaftliche Erleichterungen auf dem Gebiete der Verzollung und Materiallieferung sowie nationale Forderungen: die Beteiligung der Rheingrenzge, die Aufhebung der „April-Sanktionen“ und vor allem das Verbleiben der wichtigsten Gebiete Oberhoheits bei Deutschland gesichert werden könnten. Die gewünschten Zusicherungen seien namentlich in der Kernfrage Oberhoheits — nicht zu erhalten gewesen und dadurch sei für die Partei und auch für einen Teil der erwähnten Persönlichkeiten die Voraussetzung für die Annahme des Ultimatums weggefallen. Stresemann läßt keinen Zweifel darüber, daß er sich andernfalls, d. h. wenn in der oberhoheitslichen Frage rechtzeitig eine klare Zugabe gegeben worden wäre, für die Annahme entschieden hätte. Er beruft sich auf das Vorbild der Stein und Hardenberg, die in den Zeiten des Türker Friedens, im widerstehenden Weingunststempel sich durchsetzen mußten gegen Defaitisten, die lieber Schließen aufgeben, als harte Kriegsteuer bezahlen wollten, und dann wieder gegen diejenigen Männer lobdernden Nationalgefühls, die den König und seine Minister als Feiglinge beschimpften, weil sie Forderungen anerkannten, der sie sich aus der Zwangslage des damaligen preußischen Staates nicht glauben entziehen zu können.“

Das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung ereignet Stresemann als beklagenswerter innerpolitischer Rückschritt. Kein parteipolitisch betrachtet ist ja die Opposition angenehmer als die Regierungsverantwortlichkeit. Wenn aber die großen Probleme auf wirtschaftlichem, finanziellen und sozialem Gebiet zu lösen sind, die uns durch die jetzt mirsam werdende Durchführung des Friedensvertrages auferlegt werden, dann dürfte eine solche Zeit nicht parteipolitische Zerrissenheit, sondern dann müßte sie ein Zusammenwirken aller derjenigen Faktoren finden, die als Führer der Wirtschaft oder als Führer der Arbeit miteinander gemeinsam diese Frage zu lösen haben, soweit sie überhaupt zu lösen ist. Dazu sind vielleicht große Umsorgungen der Wirtschaft nötig, ein tiefer Einschnitt in alles bisher Gewesene. Daß in solcher Zeit ein Versuch erfolgen konnte, der eine gesunde Entwicklung unterbrach, ist das Betrüben der innerpolitischen Entwicklung, das die Schwirrigkeiten reizt, welche die Annahme des Ultimatums auf außenpolitischen Gebiet bedeutet. Das Kabinettsmitglied kann sie nicht lösen. Der beschiedenen und verpöpteten nationalen Einheitsfront aller deder, die gewillt sind, ihre Kräfte in den Dienst der Erhaltung und des Wiederaufbaues des Reiches zu stellen, wird doch einmal die Zukunft gehören müssen. Wenn wir uns aus eigenem Entschluß nicht zu ihr finden, dann wird der durch die große Not der Zukunft sie uns aufzwingen.“

Man kann vielleicht aus diesen letzten Ausführungen eine von nationalem Verantwortungsgefühl getragene Verantwortlichkeit der Deutschen Volkspartei oder ihres Führers herauslesen, doch noch mit oder in einer Regierung zu arbeiten, die in der nächsten Zeit die allerhöchsten Probleme der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation zu lösen haben wird. — Probleme, die ohne aktive Mitwirkung der leitenden Kreise der Wirtschaft gar nicht gelöst werden können.

## Die Neubildung des Reichskabinetts.

Dem „S. T.“ zufolge hat sich Dr. Simons am Mittwoch von dem Beamten des Auswärtigen Amtes verabschiedet. Gestern hat Reichskanzler Dr. Brüning die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernommen.

Nach einer Korrespondenzmeldung dürfte die endgültige Besetzung der drei noch unbefetzten Reichsministerien unmittelbar nach den Pfingstferien stattfinden. Bis dahin wird die sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gemäßigten eine Entscheidung getroffen haben über den Kandidaten für das von ihr zu besetzende Wiederaufbauministerium. Für das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium sollen voraussichtlich nicht Parlamentarier, sondern Fachleute herangezogen werden.

## Der Reichsrat

Am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, Cadnauer, eine öffentliche Sitzung ab. Der neue Reichskanzler, Dr. Brüning, stellte sich dem Reichsrat vor, indem er u. a. sagte:

„Die Mehrheit des Parlament hat sich für das Ja entschieden, und die Regierung wird eine Politik treiben, um dieses Ja durch Leistungen zu verwirklichen. Es ist die größte Aufgabe, die je einem Volk gestellt worden ist. Wir wollen aufrichtig dieses Ja verwirklichen. Ohne jeden Vorbehalt wollen wir die Bedingungen des Ultimatums mit

allen unseren Kräften erfüllen. Wir erwarten aber auch, daß die Gegenseite, nachdem sie Zeugnisse unseres guten Willens gesehen hat, diesen guten Willen anerkennen wird, und wir erwarten insbesondere, daß in der oberirdischen Frage ein fair play von allen auf der Gegenseite geliebt wird.

Der neue Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, stellte sich dem Reichsrat mit folgenden Ausführungen vor:

Ich habe aus meinen Erfahrungen in der vergangenen Zeit die Überzeugung gewonnen, daß der Einheitsstaat, wie er durch die Reichsverfassung in Weimar geschaffen worden ist, nur dann sich geübeln für das deutsche Volk entwickeln kann, wenn alle gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse und Verhältnisse der deutschen Länder genommen wird. Ich habe das erste und letzte Bestreben, die Verbindung zwischen Reichsregierung und Reichsrat in jeder Weise zu fördern.

Der Reichsrat stimmte einem Geleß zu über Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angehörigenversicherung und ferner einem Geleß, das die Reichsverwaltungsordnung in verschiedenen verwaltungsmäßig bedingten Bestimmungen abändert. Der Antrag vom 1. März 1920 wurde nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen.

### Die Durchführung der Londoner Beschlüsse.

Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Nachricht aus London soll der Vertreter Englands in der Rheinlandkommission in London angekommen sein, um die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein sowie die Rückung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besprechen. Auch sollte dahin gewirkt werden, daß die deutsche Regierung den alliierten Geschäftsteilen, die sich in den besetzten Süddeutschen Gebieten befinden, die von der Interalliierten Kommission bewilligten Privilegien garantiert. Die deutsche Regierung werde aufgefordert werden, durch Uebertragungsmassnahmen die Gültigkeit von Verträgen und ihre Ausführung sicherzustellen.

Für fünfzig hervorragende Londoner Bankiers haben gestern Abend eine Erklärung unterzeichnet, in der die Befestigung jeder dem Handel auferlegten Einschränkung gefordert wird. Die Erklärung schließt: Das Wesen des Handels beruht auf Waren Austausch. Keine Nation, die Handel betreibt, kann bestehen, wenn die anderen Nationen nicht bestehen. Nur mit Hilfe ihrer Ausfuhr können die anderen Länder ihren Kredit wiederherstellen und die Mittel erhalten, um ihre Schulden zu bezahlen. Infolgedessen ist jede Beschränkung der Einfuhr nur geeignet, die Verbesserung des Wohlstandes der Länder des Kontinents zu verzögern und die Gesundung des Handels zu behindern.

Heute vormittag findet im Einse unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand ein Ministerat statt, der die Maßnahmen bestimmen soll, die nach Annahme des Ultimatus ergriffen werden sollen, um die Anwendung des Abkommens von London durchzuführen. Auch soll der Ministerat darüber beschließen, ob schon jetzt ein diplomatischer Vertreter zum Vatikan entsandt werden soll, bevor das Parlament das Geleß über die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Heiligen Stuhl angenommen hat.

„New York Times“ erklären, daß infolge der Annahme des Ultimatus die internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse sich vollständig geändert haben, denn

der Weg der Vereinigten Staaten sei nun klar.

Es ist unser offenkundiges Interesse (sowie als unsere Pflicht, im Zusammenwirken mit den Alliierten für die Befestigung der Regelung mit Deutschland zu wirken. Daß eine derartige Regelung heftigen und schnellstens dadurch erreicht werden kann, daß der Vertrag von Versailles dem Senat mit einigen Abänderungen vorgelegt wird, ist offenbar die Ueberzeugung der Regie-

rung in Washington. — „New York Tribune“ führt aus, daß die Verpflichtung Deutschlands entweder durch die Ausfuhrfrage oder durch innere Steuern gedeckt werden können und sagt, es bestehe kein Grund zu der Forderung, daß Deutschland wirtschaftlich zugrunde gehen werde. — „New York Herald“ äußert sich dahin, daß Deutschland das einzige getan habe, was heute getan werden konnte. Durch die Regelung sei eine jenseitige Bekämpfung der Welt beseitigt worden. Das Blatt glaubt, daß, falls die Zeit erweisen sollte, daß Deutschland auf Grund seiner Ausfuhr die vollständige Befestigung nicht bewirken könne, man vernünftigerweise werde annehmen dürfen, daß es möglich sei, in dem Plan Änderungen vorzunehmen, soweit solche in Uebereinstimmung mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands notwendig sein würden.

### Die Lage in Oberschlesien.

Trotzdem General Verand gestern dem Großen Ratjama erklärt hat, daß die Waffenanforderungen über den Beschluß eines Waffenstillstandes nicht den Tatsachen entsprechen, ist gestern wiederum ein von einer alliierten polnischen Funktionäre ausgehender Funkpruch aufgefunden worden des Inhalts, daß ein Abkommen zwischen der interalliierten Kommission und den Polen getroffen wäre, wonach die interalliierten Truppen stillstehend abziehen und durch polnische Truppen ersetzt werden sollten. Von dem Führer der Aufständischen der Gruppe ist über das Aufstehgebiet

der Belagerungszustand verhängt worden. Nach dieser Verordnung des Injurantenführers wird neben Mord, Raub, Sabotage und Diebstahl auch die Verhaftung mit dem Feinde mit dem Tode bestraft. Sämtliche Waffen sind binnen 12 Stunden dem nächsten Statistomando abzugeben. Sämtliche Zeitungen stehen unter Zensur. Der Fernsprech- und Telegraphenverkehr unterliegt der Kontrolle der von den Aufständischen eingesetzten Behörden. Die Injuranten unternehmen gestern einen Vorstoß aus der Gegend von Rothenberg. Es gelang ihnen, den Bahnhof Kubowa zu besetzen. In der Stadt Rothenberg wurden etwa 80 Geiseln von den Polen festgesetzt. Mehrere Güter wurden geplündert, darunter die staatliche Domäne Reutendorf. Zahlreiche Ortsvorsteher der Landgemeinden sind verhaftet worden. Im Landkreise Beuthen werden Plänen der deutschgeleiteten Oberschlesier aufgestellt, die sofort das Gebiet zu verlassen haben. In dem nicht von den Aufständischen besetzten Gebiet sind der Eisenbahnmacht auf den Strecken Kreuzburg-Gleichen, Kreuzburg, Oppeln, Rammsau-Sellau, Oppeln-Malapan, Oppeln-Reiche, Reiche-Opadowa (vor Kofel), Deutsch-Ralswiek-Ratibor, outschierthalen. Nicht fahrbar sind die Strecken Oppeln-Bogumin und Inarabano-Kofel. Die letztere Strecke liegt unter dem Feuer der Aufständischen. Der Pflichtigkeitsvertrag von Oberschlesien nach Breslau ist ebenfalls groß.

Infolge der Haltung der interalliierten Kommission, ist die Erregung der Bevölkerung in Oppeln aufs höchste gestiegen. Gestern mittag wurde

der Generalstreik erklärt,

der sofort mit aller Schärfe einsetzte und der auch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßte. Sämtliche Beamten haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Am Nachmittag fand vor dem Regierungsgebäude eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran begaben sich die Vertreter der deutschen politischen Parteien Oberschlesiens zum General Verand, um von diesem ungenügende Auskunft über die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zur Rückberufung des Aufsteh zu erhalten.

Während des Verlaufs der zweitägigen Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien mit der interalliierten Kommission

hat General Verand nochmals versichert, daß keinerlei Verhandlungen mit den polnischen Injuranten stattgefunden hätten. Es hätte sich höchstens um zeitliche Besprechungen zum Schutze der deutschen Bevölkerung und des deutschen Eigentums handeln können. General Verand versicherte auch erneut, daß er Truppenverrägungen angefordert habe. Auch ihm seien am 1. März, wenn möglich, und italienische Truppenentsandt worden. Obwohl die Erläuterungen des Generals Verand nicht in allen Punkten befriedigend, glauben die Führer der deutschen Parteien doch von einer Fortführung des Gene-

ralstreiks Abstand nehmen zu lassen. Demgemäß wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder voll aufgenommen.

Wie die B. Z. meldet, beginnt sich Kampfmüdigkeit bei den polnischen Injuranten bemerkbar zu machen, da es Koriantz nicht gelingt, die Währungsreform auszuführen. An verschiedenen Stellen im Industriegebiet sind bereits in die Injurantenarme eingetretene Arbeiter zu ihren Arbeitsstätten zurückgekehrt. Einer Meldung des Blattes zufolge beschäftigt Koriantz, die Unabhängigkeit Ober-Schlesiens zu proklamieren.

Bei den Kämpfen in der Kofeler Gegend sind 11 uniformierte Franzosen, die als polnische Seite gekämpft hatten, von deutschen Selbstschutz gefangen genommen und abtransportiert worden.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Landwirtschaftliche Bank der Provinz Sachsen.

Der Geschäftsbericht entnehmen wir: Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Bank der Provinz Sachsen im Geschäftsjahre 1919 ist eine günstige, denn auch das Jahresergebnis die Befriedigung durch die Pariergeleitzinsaktion nicht verleruen kann. Der Gesamtumsatz überstieg 2.548.045.947,50 Mark den Umsatz des Vorjahres um rund 1.100.000.000 Mark, doch ist der Reingewinn der Bank nach Abzug der an die Verwaltung zu zahlenden Grundkapitalzinsen nur 712.896.000 Mark und nur 282.700,00 Mark größer als der vorjährige. Das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahre zwar ein wesentlich höheres, doch ist das prozentuale Verhältnis des Reingewinnes zu dem Jahresumsatz weiterhin zurückgegangen. Das Ergebnis der Bank hat nicht ganz Schritt gehalten mit den bedeutend vermehrten Arbeitsleistungen und Werten. Ein dem Reingewinn der Bank ist die Bilanz vergrößert, die sich günstig weiter entwickelte, mit einer gegen das Vorjahr höheren Quote beteiligt.

Bestandteil der einzelnen Geschäftszweige ist folgendes bemerkt: Während das Kontokorrentgeschäft sich entsprechend der Papiergeleitzinsaktion steigerte, ließ das Kündigungslohn sich zu wünschen übrig. Während sich die Einlagen zum Jahresabschluss gegen das Vorjahr um mehr als 11 Millionen Mark vermehrten, haben sich die Ausstände im Kontokorrent und auf Kündigungskonto um rund 8.000.000 Mark vermindert. Entsprechend sind die Anlagen in Wechseln und unverzinsten Scheckanweisungen gesunken. Das Fortschreiten der Selbstschuldungen nahm infolge der überaus regen Selbstschuldung der Landwirte einen außerordentlich großen Umfang an. Das Zinsenkonto weist mit einem Reingewinn von rund 276.000 Mark gegen das Vorjahr ein gutes Ergebnis auf, während das Provisionskonto mit einem Reingewinn von rund 274.000 Mark und das Effektenkonto mit einem solchen von rund 421.000 Mark gegen das Vorjahr Rekordbeträge zeigen. Allerdings wurden diese Reingewinne durch die Steigerung der Verwaltungskosten um mehr als 240 Taus. größtenteils schmälert. Die finanzielle Belastung ist allein um 65 Taus. die Belastung durch die Gehälter und die sonstigen Zinsen um 142 Taus. gestiegen.

Der Umsatz auf Effektenkonto ist mit 142.276.068,88 Mark gegenüber dem Umsätze in 1919 mit 95.233.817,88 Mark gestiegen um 47.042.251,00 Mark, und der Gewinn auf diesem Konto ist mit 542.897,00 Mark gegenüber dem Gewinn in 1919 mit 121.811,04 Mark größer um 421.086,00 Mark.

Der Umsatz auf „Bepandrierungen“ (Vorkauskonto) ist mit 40.586.681,55 Mark gegenüber dem Umsätze in 1919 mit 27.748.557,91 Mark um 12.838.123,64 Mark und entsprechend ist die auf diesem Konto verbundene Provision mit 27.178,15 Mark gegenüber der in 1919 verbundene Provision mit 19.616,91 Mark größer um 7.561,24 Mark.

Der Umsatz in laufender Rechnung ist mit 1.226.229.068,99 Mark gegenüber dem Umsätze in 1919 mit 663.703.376,30 Mark gestiegen um 572.525.692,69 Mark, und die auf diesem Konto verbundene Provision mit 272.139,65 Mark gegenüber der in 1919 verbundene Provision mit 107.556,69 Mark größer um 164.582,96 Mark.

Der Umsatz auf „Kaufkredite“ in Halle und Magdeburg betrug 53.372.903,50 Mark gegen 30.382.905,13 Mark im Vorjahre.

Der Umsatz auf Spar- und Depositionskonto hat sich mit 30.177.618,78 Mark gegenüber dem Umsätze in 1919 mit 16.692.765,13 Mark erhöht um 13.484.853,65 Mark.

Der Umsatz auf Wechselkonto, über das auch die unverzinsten Scheckanweisungen gebührt werden, war mit 224.703.043,36 Mark gegenüber dem Umsätze in 1919 mit 120.704.341,40 Mark größer um 104.000.701,96 Mark.

Unter Berücksichtigung des Vorjahres vom Jahre 1919 im Betrage von 115.188,94 Mark ergibt sich ein verifizierter Ueberschuß von 828.083,94 Mark, das sind 284.956 Mark mehr als im Vorjahre.

Manufakturische Kupfersticherei Bauende Gesellschaft.

Wie wir dem aus vorliegenden Verwaltungsbericht der Manufakturischen Kupfersticherei Bauenden Gesellschaft in Eisenach

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Sonnabend, 14. Mai. Inhalt: Seine Konturrentin. Roman von Erik Ganser. — Moderne Kritik. Von Robert Weisse. — Christliche Seelarbeit. Von ... — Kleine Trübsalredaktion. Von Hans Egg. — Sebastian Krebs. — Schmalz und Schweinebunt. — Sonette. — Literatur.

### Hallenfer Stammbuchsprüche.

Mitgeteilt aus einem alten Studentenstammbuch von Hans Kunge (Wasserschloß).

(Nachdruck verboten.)  
Was macht der Butzje an der Saale?  
Ist Wetter, daß das Gocko leicht,  
Was er mit dem erhitzen Stahle  
Die Funken aus dem Pfaster streicht.  
Der fromme Philart mehr den Himmel,  
Wird gleich der Welt vom Feinzen matt.  
Weil er den abgeritzten Schimmel  
Zum Reiterwech ersehnen hat.  
Wohin spielt Heber mit der Kasse,  
Und macht ein ehern Seculium,  
Das Kupfer trägt er auf der Nase,  
Die Wasserfucht im Bauch herum.  
Wir wollen alles dreyes tragen,  
Ihr Bruder, doch nim dich in acht,  
Sonst werden wir in alten Tagen  
Von jungen Mädchen ausgelacht!  
(1787.)

Man kommt zu Ehr und ruhm  
Nicht auf zweien Beinen;  
Den einen zeigt der Riel,  
Den andern zeigt der Degen.  
(1788.)

Ich liebe sehr vergnügt,  
Weil mich gar oft das Bier besüßt.  
(1788, im „Keller-Stübgen“.)

Folget mir nach,  
Ich will euch zu Menschenfessern machen!  
(1789.)

Mich reut fast großer Güter  
ein murrer Oelgang,  
Und Eintracht der Gemüther,  
Gesellschaft sonder Zwang.  
(1791.)

Wieder sein, treu und gut,  
Das abelt mehr als Ahnen Blut!  
(1791.)

Nichts ist mir in Halle lieber,  
Als mein Stübgen, wo ich bin;  
Denn da hab ich gegenüber  
Eine schöne Kuchbarin.  
(1791.)

Es lebe mein Mädchen,  
Es artig, galant,  
Entzückend Heßfönd  
Und gleich bei der Hand!  
(1791.)

Rosen und Viofen  
Mögen Kinder holen,  
Kinder dieser Welt,  
Das, was meiner Sinn erfreut  
Und in meiner Pfeife brennt,  
Wir Toback genannt.  
(1791.)

Wer den Weich der Freiheit kennt,  
Nimm von ihr die Wehre,  
Doch, was die Natur vergnügt,  
Unter Kol demehre.  
Wißt, es dieist ein freier Mann,  
Der kein Knecht binden kann,  
Zwischen Zeiten Eyre.  
(1791.)

Wer sich der Bücher lang besitzten,  
Darf endlich auch ein Mädchen fassen.  
(1791.)

Bruder, wenn die Gläser winkten,  
Lerne von mir deine Pflicht,  
Erinken kannst du, du kannst trinken,  
Doch betrübe dich nur nicht.  
(1791.)

Hier angenehme Sachen  
Vollkommen glücklich machen:  
Ein angehen Amt,  
Ein tugendhaftes Weib,  
Ein großes Kapital  
Und ein gesunder Weib.  
(1791.)

Dem Oshen gibt das Wasser Kraft,  
Dem Menschen Bier und Rebenjaft,  
Drum, Bruder, laust Bier und Wein,  
Wahr, Teufel, will ein Rindvieh sein!  
(1791.)

Es lebe ein Greis, der nicht vergißt,  
Daß er einst jung gewesen ist;  
Es leben Jünglinge, die wissen,  
Daß sie einst Greise werden müssen!  
(1791.)

Ich liebe mit Beständigkeit  
Die alte deutsche Redlichkeit!  
(1792.)

### Shakespeares „Othello“ im Stadttheater.

Galle, den 12. Mai.  
Theater ist Weisse, Sophocles, gediegenes Geschäft auf der Bühne und im Zuschauerum. Wenn man ins Theater geht, wie man in die Wirtschaft essen geht, geschäftlich, uninteressiert — eine Angelegenheit, die nun einmal sein muß, dann kann das Theater keine Wirkung ausüben, weder eine erzieherische, noch eine erhebende. Daß diese Weisse im Stadttheater so günstig steht, liegt am Publikum und am Theater, Beobachtung. Das Publikum geht nicht ins Theater, weil